

# Correspondent

Ercheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 17. Januar 1903.

№ 7.

## Ist der Angeklagte schuldig?

Nachdem ich in Nr. 3 des Corr. meinen Artikel „Einen Maulkorb für den Corr.“ — der allerdings schon vor der Erklärung des Kollegen Mezhäuser, daß er im Interesse der Organisation dieses Kapitels schließe, geschrieben war, und deshalb nicht mehr in allen Teilen in die dadurch geänderte Situation hineinpaßte — versucht habe, daß bei einer Anzahl von Gegnern Mezhäuser's zu Tage getretene Verleumdungsflüster durch einen kalten Strahl auf einen etwas normaleren Temperaturniveau zurückzuführen, nehme ich heute noch einmal Veranlassung, — und diesmal ohne die Länge der Satire — mein bescheidenes Teil dazu beizutragen, daß die kühle Vernunft über die sieberhafte Erregung gestellt wird, und wenn es mir gelingen sollte, den doch so natürlichen Zustand, daß alle Mitglieder unserer Organisation auch in dem heftigsten Meinungsstreite als Kollegen und nicht als Verräter und Betrüger geachtet werden, mit herbeiführen zu helfen, dann bin ich insofern befriedigt, als damit die erste und primitivste Vorbedingung zu einer unabhängigen Diskussion erfüllt ist.

Ich halte es für einen ungeliebten Zustand, wenn dem Redakteur deswegen, weil er aus ganz realen Vorurteilen wie die Düsseldorf Stadtvorordnetenwahl auf gesunder Logik beruhende Schlüsse zieht, durch Resolutionen dekretiert wird: das ist nicht gestattet; als allen kollegialen und solidaren Geistes bar, als gefähig und niedrig muß es aber bezeichnet werden, wenn man ihn deswegen nach goldenen Fußmadeln und Orden streben läßt. Der Redakteur unserer Organs ist doch auch Verbandsmitglied, und zudem noch ausgestattet mit dem einflussreichen Vertrauen unserer Münchener Generalversammlung, und seine Ehre besteht darin, daß er auf dem Boden der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung unsere Interessen vertritt. Was ist es denn aber nun andres als niedrige Ehrabschneiderei, wenn er wegen einer Meinung, die diesen Boden der Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht verläßt, wie es bei dem Artikel über die Düsseldorf Stadtvorordnetenwahl der Fall ist, der Verpöhlung der Arbeiterbewegung an hohe Gunst beschuldigt wird? Darf man nicht mehr das Vertrauen zu den Mitgliedern des deutschen Buchdruckerverbandes haben, daß sie ihren Eiferstreit führen können, ohne dieses niedrige Mittel? — Diese Zumutung allein ist ja schon beleidigend! Und dennoch ist dieses Mittel angewandt worden von Kollegen, die sich einbildeten, den Corr.-Redakteur auf den rechten Weg weisen zu können. Ich habe das Vertrauen zu der Kollegenschaft des Verbandes, daß es weder dieser Niedrigkeit noch des sic-volo sic jubeo unserer Mitgliedschaften bedarf, um eine mit sachlicher Argumentation im Corr. aufgeworfene Frage zur Erledigung zu bringen. Alle Achtung vor der Souveränität unserer Mitglieder über alle Organe unseres Verbandes — sie verbürgt uns das in der Demokratie begründete, unaufschieblich von unten nach oben strebende geistige Leben, ohne das die Organisation eine Form ohne Inhalt ist. In diesem Falle aber scheint mir der dem Redakteur diktierte Wille des souveränen Volkes doch bedenklich, weil er weder das Problem noch die Diskussion aus der Welt schaffen kann, sondern lediglich die Diskussion auf das tote Glei schiebt. Auf alle Fälle aber ist die Verabschiedung einer Frage auf dem Wege argumentatorischer Widerlegung dem einfachen Wegdekretieren durch Versammlungsbeschlüsse vorzuziehen.

Von der jetzigen Diskussion verpöhle ich mir allerdings gar nichts, einmal weil Mezhäuser durch die Resolutionen genötigt worden ist, die Diskussion einzustellen, und das andermal, weil die Diskussion dank des Frontangriffes der sozialdemokratischen Presseorgane, die ja erst den Signalstoß abgaben, so beispiellos niedrig eingestuft hat, daß sie bis zu dem vielleicht gar nicht einmal möglichen Emporkrieg bis zur Höhe kollegialen Geisteslebens, auf welcher Basis sie ja erst anfangen könnte fruchtbringend zu werden, so lang geworden sein wird, daß sie jedem aus dem Halse herausklingt.

Eine Anzahl Gegner Mezhäuser's steigen in ihren Artikeln auf eine solche geistige und moralische Tiefe hinab, wie sie seit den Tagen, die unter der Devise „Döflin, dienstbar der Polizei, dem Unternehmertum und der kapitalistischen Politik“ standen, nicht wieder er-

reicht worden ist. So entblödet sich in der mir gerade vorliegenden Nr. 5 einer der jetzt so unendlich zahlreichen Mäcker über das Wohl unserer Organisation nicht, zu schreiben, daß N. schon „erstaunliche Proben seiner Fähigkeit zum Untermindern des eignen Lagers abgelegt habe“ und daß das von N. „zitierte ‚geistige Ringen‘ nur ein Schleiher sei, der das wahre Motiv, den gekränkten Ehrgeiz, nur düchtig verbede“. Das hier bekundete moralische Niveau hat der Schreiber voll erreicht, nachdem er die Erklärung Mezhäuser's gelesen, daß er im Interesse der Einigkeit unserer Organisation dieses Kapitel seinerseits schließe. Und ein anderer Schreiber, der verlangt, „daß das Verprechen, das er auf der Generalversammlung gegeben, auch wirklich gehalten wird, damit nicht wieder Zustände eintreten, wie sie seit 1896 gang und gäbe waren“, gibt seinen Nachweis für Befähigung eines Prinzipienwächters durch folgenden Witzsinn ab:

Durch das Motto „In unserer Parteibewegung gilt es sogar als heiligstes Menschenrecht, seine Meinung ungeschminkt zu sagen,“ kann uns Mezhäuser nicht davon überzeugen, daß er berechtigt war, einen derartigen Artikel zu schreiben. Wenn dasselbe Anwendung finden soll, so kann es sich doch nur auf die beziehen, die auch tatsächlich Mitglied der Partei sind.

Dieser furchtbare Mäcker ist aber noch nicht der schlechteste, denn er ist der einzige, welcher dem Mezhäuser die Gerechtigkeit widerfahren läßt, den Ausgangspunkt des zur Verurteilung stehenden Artikels: Die Düsseldorf Stadtvorordnetenwahl, in den Bereich seiner Betrachtung zu ziehen. Nimmt man zu diesen Wirkköpfen noch die „Fußmadel“-Kämpen, so hat man eine Garde, die man nicht ernst nehmen darf, wenn man sich nicht unser Verbandsorgans schämen will. Und eine Diskussion mit diesen ist natürlich unmöglich. Diskutieren kann man nur mit den Artikelschreibern, die dem Redakteur das Recht lassen, zu solchen für die Gewerkschaftsbewegung so ungemein interessanten Vorgängen wie die Düsseldorf Stadtvorordnetenwahlen seine Meinung zu sagen. Sie beschuldigen den Kollegen Mezhäuser, dies zur ungeliebten Zeit getan zu haben und glauben, daß dadurch die Vertretung der politischen Arbeiterinteressen durch die Sozialdemokratie geschädigt worden sei. Ich halte diesen Einwand nicht für schätzenswert. Bei dem Skandal in der Leipziger Volkszeitung, der demgegenüber die Parteigrundsätze verließ, daß der soz.-d. Parteivorstand ihn mißbilligen mußte, weil er ihn nicht verantworten konnte, erklärte ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter nach dem Hinweis auf den bevorstehenden Skandal: „Das macht nichts, der wird auch überstanden.“ Und als Bebel von unserm Kollegen Massini darauf aufmerksam gemacht wurde, daß in der Partei nichts gesehen sei, um den jahrelangen offenen Kampf der Leipziger Volkszeitung gegen uns zu inhibieren, antwortete Bebel: „Eine derartige Diktatur gibt es bei uns nicht.“ Eine Partei, deren Konstitution von ihren Führern für stark genug gehalten wurde und tatsächlich auch so stark ist, derartige offensichtliche unverantwortliche Skandale zu übersehen, soll man noch heute nicht als so altersschwach hinstellen, als wenn sie durch eine Meinung Mezhäuser's, die nicht mit den parteiinternen Auffassungen übereinstimmt, auch nur irgendwie in ihrem Fortschreiten oder in der Wahrung ihrer politischen Interessen gehindert werden könnte. Und wenn dann gar die Professoren „Lehmann-Partei“, die „Kaiserpartei“ — Dinge, die in der s.-d. Presse nur Stoff zum Spotte gegeben haben — oder die „freiwilligen“ Huldigungsadressen, die ihr das beste Agitationsmaterial sind, uns als drohende Ungeheuer vorgeführt werden, die sich mit der Willkür Mezhäuser'scher Denkmalsart mästen, so sind das ausstaffierte Popanze, mit denen man politische Kinder gruselig macht, die man aber aus dem Corr. lieber herauslassen sollte. Man kann wohl von einem Parteimitgliede, nicht aber von einem Gewerkschaftsblatte verlangen, daß es sich in allen seinen Auslassungen der zurecht gerade geltenden Parteidoctrin anpaßt. Der befähigte Parteigegner wird mit solchen „Stimmen aus Arbeiterkreisen“, wenn sie gegen seine Partei verwandt werden, genau so gut fertig werden, wie er mit der Masse von „nicht parteiintelligen“ Ansichten in der Arbeiterliteratur, mit denen sehr oft der Arbeiterbewegung „in den Rücken gefallen“ wird, auch fertig wird.

Darum kann jede Frage, die die Arbeiterinteressen berührt, im Corr. angeschnitten werden, die Meinungsfreiheit im Corr. kann eine unbeschränkte sein, wir brauchen uns in unserm Organe nicht auf den nach meiner Ansicht etwas einfältigen Standpunkt zu stellen: Das ist Kritik, das schadet sich nicht. Für uns um so mehr, da sich politische und wirtschaftliche Arbeiterinteressen-Vertretung nicht scheiden läßt. Die mehr als dreißigjährige praktische Erfahrung unserer Organisation bürgt schon dafür, daß das uns Nützliche behalten und das Schädliche ausgeschieden wird. Das muß aber so geschehen, daß man auf den Gedanken an den Neuern eingetht und objektiv und vorurteilslos prüft. Diese Bedingung ist aber gegenwärtig, wo die „Standesvertreter“ zur Verurteilung stehen, von keiner einzigen der im Corr. zu Worte gekommenen Stimmen gesehen. Bei allen Einwendungen bekommt man den Eindruck, als ob die Schreiber den Artikel Mezhäuser's gar nicht gelesen, sondern nur das, was die Parteipresse daraus gemacht hat, zur Unterlage ihrer Artikel genommen haben, wie es denn auch äußerst bezeichnend für die Gerechtigkeitssiebe dieser „Richter“ Mezhäuser's ist, daß noch kein einziger die journalistische Halsabschneiderei der diversen Presseorgane auch nur erwähnt hat. Dem Unrecht gegenüber sind sie blind und das Recht verewaltigen sie.

Ich denke gar nicht daran, daß die „Standesvertreter“ durch eine kollegiale Diskussion im Corr. acceptiert worden wären: sie wären als für absehbare Zeit praktisch unburchführbar abgelehnt worden. Aber ist denn das Ideal, das dem N. mit seinen „Standesvertretern“ vorsetzt: die politische und wirtschaftliche Aktion der Arbeiter so in Einklang zu bringen, daß zwischen beiden keine Reibungsflächen mehr vorhanden sind, daß Standale wie der Streikbruch in der Leipziger Volkszeitung, die Accordmaureraffaire usw. unmöglich werden, ein so unsagbar schlechtes, daß derjenige, der davon auch nur zu reden wagt, als Verräter und Betrüger an den journalistischen Galgen gebracht werden muß? Nur der blinde Fanatismus kann diese mit ja beantworten. Aber etwas andres als Fanatismus ist es auch nicht, was gegen Mezhäuser heute wütet.

Ueberempfindliche mögen die bilderreiche und prägnante Sprache unsers Redakteurs als „ungeschliffen“ bezeichnen, turmhoch steht sie auf alle Fälle über der Art der Strangulierungsjournalisten in diversen Parteiorganen, wie sie eben so hoch erhaben ist über Kästungen jener Verbandsmitglieder, die nichts besseres können als die lieblichen „Bilder“ jener Journalisten mit photographischer Genauigkeit im Corr. zu reproduzieren.

Der „einfache schlichte Mann“ hat den sozialdemokratischen Presseorganen lediglich den Stoff zu dem Stricke abgegeben, den sie schon lange gesucht haben, um den Mezhäuser hängen zu können, und die getreuen Friedolme, die an diesem Stricke gezogen haben, haben dem N. für den jahrelangen Kampf, den er gegen den sozialdemokratischen Ansturm mit dem Puffer „Buchdrucker-gewerkschaft“ geführt, in vollendetster Form den Dank vom Hause Habsburg abgestattet.

Man kann wohl sagen, daß N. nicht genügend Prophetentitel hatte, um diesem Stricke zu entgehen, verurteilt kann er aber nicht von dem Rechte, sondern höchstens von der Gewalt werden. Satyr.

## Was führt den Angeklagten auf die Anklagebank?

In zwei Worten liegt die Antwort auf vorstehende Frage, zwei Worte sind's, die gerade besonders einen Ehrenplatz im Herzen eines jeden zielbewußten Sozialdemokraten beanspruchen sollten: **Freies Denken!** Unwiderprochen wird wohl die Behauptung stehen, daß es der Redaktion eines Gewerkschaftsblattes niemals unterlag und bestritten werden darf, einer politischen Partei, gleich welcher Richtung, da in die Zügel zu fallen, wo die Redaktion ehrlich und ohne irgend welche Eigen- oder Nebenabsichten von der festen Ueberzeugung durchdrungen ist, daß dieser oder jener politische Zug schadenbringend für die Berufskollegen oder für die Arbeiter-schaft als solche erscheint.

Wenn hier die Gewerkschaftspresse einsetzt, ruhig und sachlich diskutierend, wer wird ihr das verargen, geschweige denn verbieten? Im Gegenteil: Ein großer Teil der Gewerkschaften, vor allem unser Buchdruckerverband, sind in ein Entwicklungsstadium getreten, daß auch der abgeschlossenste, nur auf seine Parteibogma schwörende politisch Fanatiker, hier lernen kann, wenn er nur will, selbst wenn das Haar schon silberfarben oder die Gefahr nahe liegt, einen mit zäherer Ausdauer, vielleicht ein Menschenalter lang vertretenen Parteistandpunkt zu opfern.

Die nun abgeschlossene Zolltarifperiode hat ja unser Organ reichlich dazu benutzt, der Zentrumsparlei, ich nehme als selbstverständlich an, in Wahrung bedrohter Interessen der Arbeiterinteressen, ganz ungeniert aus's Dach zu steigen und das meist in einer Form und unter Nebenwendungen, die den sachlichen Standpunkt sehr oft recht weit vernünftigen stechen und fernstehenden, die das Naturverhältnis der Redaktion nicht kennen, der gewiß berechtigten Vermutung Raum geben, daß es der Redaktion weniger auf eine die angegriffene Partei belebende und zum Nachdenken hinzielende Polemik ankomme, sondern — mir fällt's schwer zu jagen — aus eben im Naturverhältnis der Redaktion liegender Antipositivität gegenüber der Zentrumsparlei, die nun einmal manchen Leuten eben niemals etwas recht machen kann, wenn ich auch in manchen Punkten, z. B. in Sachen des Zolltarifes, den Standpunkt der Redaktion verhehle.

Also auch bei Angriffen auf politische Parteien: Ruhe, Objektivität und peinlichste Sachlichkeit unter Hinweglassung jeder verletzenden Form.

Und nun zum status praesens: Hat Kollege Nehhäuser in seinem Artikel „Die Probe aufs Exempel“ der sozialdemokratischen Partei gegenüber verlesend geschrieben, den Weg einer statthaften Polemik verlassen und unserer Organisation Schaden zugefügt? Gehört er auf die Anklagebank?

Antwort: Nein!

Begründung: Den ganzen Inhalt des Artikels durchläßt die nicht zu verneinende Absicht, das wuchtige Streben: **Glaubensfreiheit für die Gewerkschaften**, fort aus der Bevormundung der politischen Parteien! Absolut ist der einleitende Satz N. z. zu unterschreiben, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu gemeinsamer Tätigkeit zusammen zu ziehen sind und daß es gegen die Arbeiterinteressen ist, wenn nach dem Hegeylegen's zwischen freien und christlichen Gewerkschaften die Gegenstände ausgekämpft und nicht etwa durch Versöhnung überbrückt werden sollen.

Daß den Gewerkschaften das Recht eingeräumt werden muß, zu gewissen politischen Fragen Stellung zu nehmen, ist ebenfalls richtig, natürlich nicht einseitig nach der Parteischablone oder etwa in der Form eines unter Dach und Fach aufens in eine bestimmte Partei.

Der Düsseldorf'er „Fall“ gibt überhaupt dem objektiv Urteilenden und nicht zuletzt dem denkenden organisierten Arbeiter einen gewissen Nippenstoß. Kann es gegen die Arbeiterinteressen sein, die Vertretung der Willensmeinung bzw. der sozialen Forderungen der Arbeiterklasse solchen Leuten in die Hand zu geben, die mit ihresgleichen zusammen schaffen und aus eigener Erfahrung und am eignen Leibe gespürt haben, wo der Hebel der Sozialreform am ehesten und besten anzusetzen ist? Muß hier unbedingt einer politischen Partei der Kreuzschwur geleistet werden? Kann ein vernünftiges Unterhandeln zwischen Partei und Gewerkschaft nicht ein der Arbeiterschaft nützlichste Resultat zeitigen? Friede erwährt, Unfriede verzehret! Den vorgeschriebenen Arbeitervertretern dürften in allen Parteien, also keine ausgenommen, ganz ruhig einige mandatslosge Rentner oder sonstige Statisten das Feld räumen.

Dem Ansehen des Reichstages wie auch den Kommunal- usw. Verwaltungen würde es nicht im geringsten schaden, wenn da wirklich einige schlichte Männer aus der Werkstat, die von den Wählern vorher einer Herz- und Nierenprobe unterzogen, in diese Institutionen ihren Einzug halten würden. Es ist eben nicht in der Ordnung, daß der wirkliche Arbeiter, der mit seiner Hände Arbeit sich das tägliche Brot schafft, in so vielen Körperschaften, ganz besonders im Reichstage, so unverhältnismäßig selten anzutreffen ist. Mit anerkennenswerter Offenheit hat sich in ähnlichem Sinne z. B. die Köln. Volkszeitung und zwar auch unter Bezugnahme auf Düsseldorf'er Vorkommnisse ausgesprochen. Meines Erachtens gilt dies natürlich nicht nur für Düsseldorf, sondern für alle Orte, für alle Institutionen, in denen die Arbeiter ein Recht haben, gehört zu werden. Die Nichtbeachtung dieses Fingerzeiges bedingt die Folgen.

Jurzeit glaube ich nun nicht, daß wir so kurzer Hand aus Gewerkschaften entnommene Arbeiter als Vertreter in die Parlamente delegieren können, sondern das zweckmäßigste würde auch hier die Verständigung sein, d. h. die Gewerkschaften müssen mit den politischen Parteien in Fühlung treten und durchzudrücken suchen, daß der passende Kandidat und wäre er der einfachste Handarbeiter, nicht übergangen wird. Setzt sich eine politische Partei, gleichviel welche, über das Gesagte hinweg, podt man immer und immer wieder auf die eigne Stärke, nun gut, wer Blind fäet, wird Sturm enten. Die Nichtbeachtung der Wünsche der Gewerkschaftler bedingen auch hier die Folgen.

Unbestritten hat Kollege Nehhäuser recht, wenn er sagt, daß die Tätigkeit innerhalb der städtischen oder staat-

slichen Körperschaften in theoretischer Beziehung mit der Alltagspraxis im Einklange stehen muß. Noch besser: Der Mensch muß innerlich und äußerlich verbohrt sein, der diesen Satz nicht unterschreibt.

Dem gewerkschaftlichen Bahnbrecher soll man daher keine Knüttel zwischen die Füße werfen und reale Schlußfolgerungen nicht als Arbeiterverrat usw. bezeichnen, sondern als eine Weißesarbeit, die kein gewalttames Niedertrampeln, sondern ein sachliches Füt und Wiber verdient. Aber den Brotkorb einem verdienten Kollegen wegen einer abweichenden Meinung höher hängen, dies bekräftigt leider die traurige Erfahrung aus's neue, daß der Arbeitnehmer meist ein schlechter Arbeitgeber ist. Und wo sind die Helden zu suchen? Im Feldlager der Partei von Freiheit (auch des Dentens?), Gleichheit, Brüderlichkeit! Welcher Höhn!

Und so sage ich denn rund heraus: Selten habe ich eine so streng sachliche, in den gewählten Ausdrücken so milde gehaltene Abhandlung gelesen, wie in dem Artikel „Die Probe aufs Exempel!“ Das war eine über alle Maßen mit eigenem Denken durchdrungene sachliche Kritik. Eine Partei, die eine wissenschaftlich gehaltene und in der Polemik anständig geführte Kritik nicht vertragen kann, hat keine Existenzberechtigung. Gätte die Redaktion in der Zentrums- bzw. Mannheimer Katholikentagsangelegenheit das gleiche Maß von müßiger und nur empfehlenswerten Stoffbehandlung walten lassen, wie dem von der Sozialdemokratie auf den Index gesetzten Artikel gegenüber, dann würde der Ruf aus dem Walde heraus nicht so intensiv eingestrahlt haben. Aber mit Stolz darf ich konstatieren, daß keiner der z. B. protestierenden Kollegen unserm Nehhäuser die Pistole auf die Brust setzte und erklärte: **Maufhalten oder hungern!** Das zu tun war den „berufenen“ Hütern der „Freiheit“ überlassen. Und es geschah!

Und wie besudelt man nun den Mann, der unsere Organisation durch Wort und Schrift aus dem 1891er Jahrvintbeide vornemlich so geschickt herausgearbeitet, seine Unschuldigkeit, sein ganzes Können dem Verbaude geopfert!

Und die Pressefreiheit, die Aufstämme aller Aufstämme! Man mißbraucht sie, um in der schamloseten Weise einen der besten Verfechter unserer Organisation so herunterzureißen, um dem Leiter uners Organs die schändlichsten Beweggründe zu imputieren.

Jawohl, Herr Kirchhübel, ich weiß, beim Nebenmenschen betrachten Sie Verhegung als einen Schandstößel, ob Sie aber mit ihrer eignen „poetischen“ Aber den ganzen Verband und natürlich eo ipso den Blätterwald der i.-b. Preise zur sinnlosen Heßjagd gegen einen Mann auffordern, dessen gegenbringende und anerkannt fruchtbringende Tätigkeit tausendmal seine Schwächen, an denen jeder mehr oder weniger krank, aufwiegen, das entgeht Ihrem Denken.

Hui, wenn in dieser Form jedesmal die Quittung für die freie Meinungsäußerung im Zukunftsstaate erteilt wird, dann bewahre der Himmel mich vor diesem Himmel auf der Erde.

Erheitend und allgemein überraschend wirkt zur Jetztzeit die „Entdeckung“, daß die Mehrzahl der Verbandskollegen auch sozialdemokratische Parteimitglieder seien. Und dabei nennen sich die Parteiblätter die Augen rot, kläglich klagend erklingt das periodische Wehegeheul: „Die Verbandsbuchdrucker beteiligen sich verschwindend wenig am Parteileben!“ Und die Strafe, die man darauf setzen wollte, erzählt uns die große Seefahrt an der Parthe, Elster und Pleiße!

Zwei Nummern uners Organs müssen es über sich ergehen lassen, dem Kollegen N. und anderen Leuten, die an „pfäffischer Dummheit“ leiden (Ulricd, Ulricd, kennst du nicht den Paragraphen vom unlautern Wettbewerbe?) zu zeigen, was sie für dumme, einseitige Menschenfinder sind, die sich anmaßen, das Erfurter Programm auch auslegen zu können — nach dem Denken des eignen Schälchens.

Und nun einen kurzen Besuch bei Kollegen E. Es ist ja unmöglich, dessen Propaganda hier zu zerstückeln. Aber sonderbar, sehr sonderbar ist doch das Verständnis bzw. das Faktum, daß E. die i.-b. Partei und ihre Grundzüge in den siebenten Himmel hebt, dieser angebeteten Körperschaft aber selbst nicht mit Leib und Seele angehört, ihr selbst in Zukunft nicht beitreten kann. Ich würde da doch 'mal vor den Spiegel treten und sicherlich würde in meinem Besichte — Schamröte aufsteigen.

Wiege sich Kollege N. nicht abhalten lassen, weiter für unsre Sache zu schaffen. Macht sich dem Tun und Lassen irgend einer politischen Partei ein Entgegentreten im Arbeiterinteresse erforderlich, dann wird's wohl nicht sein, daß mit dem Artikel „Die Probe aufs Exempel“ „nun ein- für allemal tabula rassa gemacht ist in der Kritik von gewissen Dingen, die für das Volk von einschneidendster Bedeutung sind.“

Wiege die „harmoniebefeierte“ Richtung Döblin-Nehhäuser, die unsern Verband so eminent gestiftet und zu Erfolgen geführt, noch weiter das Verbandsbruder in Händen halten. Trachte Kollege Nehhäuser danach, auf dem Wege vollkommener Ruhe zu bleiben, Würde in der Form und strengste Objektivität in jeder Lage zu behaupten. Die nachfolgenden Diskussionen werden dann zu gegenseitiger Aufklärung und Belehrung dienen.

Wanne i. W.

Heinrich Schneider.

Nachdem nun in einer ganzen Reihe von Zeitartikeln das äußere Gewand der Ideen des Kollegen Nehhäuser in Hinsicht auf Gewerkschafts- und Parteipolitik von verschiedenen Seiten beleuchtet wurde, möchte ich in nachfolgendem versuchen, den Kern der Sache, zwar weniger auf seine Berechtigung im öffentlichen Leben, als vielmehr auf seine Notwendigkeit für unsern Verband unteruchen. Vergebens erwartete ich in der ganzen Flut der Artikelserie in dieser Frage das Anschneiden von dieser Seite aus und wäre es mir auch bedeutend angenehmer gewesen, wenn ein an Erfahrung reicherer und die Feder besser führender Kollege die Probe aufs Exempel gestellt hätte, ob wir im Verbaude vor allen Dingen nötig haben, uns mit derartigen Problemen zu befassen und ob wir vor allen Dingen in unserer Gewerkschaftstätigkeit die Zeit übrig haben, unser Augenmerk auf andere Gebiete zu lenken als bisher?

Meine Anschauung über die Aufgaben der Gewerkschaften kann ich kurz in folgendem Satze zusammenfassen: Zweck der Gewerkschaften ist einzig und allein, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Verne zu regeln und wo es die Verhältnisse erfordern auch zu verbessern. Diese Aufgabe bildet das Fundament der Gewerkschaften. Auf diesem Boden haben wir bis heute gearbeitet und solange diese Aufgabe noch nicht zur Zufriedenheit der Mehrzahl der Organisationsmitglieder gelöst ist, kann die Propagierung anderer Grundzüge nur zu einer Ablenkung der Kräfte und Zerplitterung der Organisation führen.

Stellen wir einmal fest, ob der Verband diese von mir und wohl auch von der Mehrheit der Mitglieder als Hauptaufgabe erkannte Aufgabe erfüllt hat. Aus der Verantwortung dieser Frage ergibt sich von selbst, in wie weit die Ideen des Kollegen N. auf ihre Verwirklichung Berechtigung haben. Auf vorstehende Ausführungen könnte man einwenden, gerade die Verwirklichung der Ideen N. würden die Gewerkschaften der Erreichung ihres Zieles näher bringen. Darauf erwidere ich, gewiß, diese Möglichkeit wäre nicht ausgeschlossen, aber man wird auch gelten lassen müssen, daß die Zertrümmerung der Gewerkschaften beim Begehren des von N. vorgeschlagenen Weges sehr leicht möglich wäre. Verschiedene Ereignisse in den letzten Jahren im Staatsleben sprechen mehr für letztere Aussicht. Doch zur Sache!

Prüfen wir, ob es empfehlenswerter wäre, derartigen unfinderen Pfaden nachzugehen, als vielmehr unsere Aufmerksamkeit etwas intensiver auf die Verfolgung unserer bis heute eingeschlagenen Wege zu richten. Allerdings wenn man nur den Corr. liest, dann könnte man glauben, durch die Tarifgemeinschaft seien wir Buchdrucker in das gelobte Land eingegangen, das voll Milch und Honig fließt, und die Harmonie zwischen Prinzipale und Gehilfen lasse sehr wenig zu wünschen übrig. Es mag ja sein, daß sich von der Redaktionsstube aus die Sache etwas rosig anseht. Es mag ja auch zutreffen, daß bei den Tarifverhandlungen zwischen den Prinzipals- und Gehilfenvertretern, welche wohl beiderseits als der Saureteig der beiden Parteien bezeichnet werden können, durch die tagelangen Verhandlungen sich viele Männer menschlich etwas näher gekommen sind und von da aus die Gehilfenvertreter die schöne Hoffnung mitnahmen, daß die Prinzipale allervwärts in Zukunft in schöner Harmonie mit ihren Personalien sich stellen werden. Jedoch die rauhe Wirklichkeit steht in gar bedenklichem Widerspruch dem gegenüber. Die rapide Vermehrung der Schmafmächinen, die immermehr zunehmende Treiberei während der Arbeitszeit von oben herab und die an gar vielen Orten beliebte allmähliche Ersetzung älterer besser bezahlter Gehilfen durch jüngere, billigere und zu guterletzt noch die geradezu höhnische Wurschtigkeit der Prinzipale gegenüber der ersprechend zunehmenden Konditionslosigkeit der Gehilfen, all dieses bietet eher alles andre als ein Bild der Harmonie im Buchdruckgewerbe.

Die Kapital, die Arbeit! Dies wird immermehr zur Signatur und die Tarifgemeinschaft ist meiner Ansicht nach nicht die Frucht einer Harmonie, sondern weit eher das Ergebnis der gegenseitigen Furcht vor einander. Es wird doch wohl niemand beitreten wollen, daß, wenn der Verband nach dem Streik von 1891 nicht so gewaltig gewachsen wäre, die Prinzipale diese Tarifgemeinschaft eingegangen wären. Andererseits brauchte der Verband nach dem aufreißenden Ringen von 91 und früher gewissermaßen eine Zeit der Erfolge, oder besser ausgedrückt einen Punkt, auf den wir uns setzen und etwas ausschmökeln konnten. Wohl ist nun ein Teil der Hoffnungen, die von unseren Führern auf die Tarifgemeinschaft gesetzt wurden, in Erfüllung gegangen, vergessen darf aber auch nicht werden, daß gar manche Voraussetzung der Tarifgemeinschaftsgegner und zwar hauptsächlich diejenige, daß der Verband durch diese Abmachung in seinem innern Leben lahmgelegt werde, eingetroffen. Die Ruhe, welche durch die Tarifgemeinschaft herrscht, ist zu vergleichen mit einer Ruhe, welche einschläfert statt kräftigt. Der deutliche Beweis hierfür bietet die bedauerliche Zunahme der Interesselosigkeit, wie sich solche in dem traurigen Besuche der Versammlungen demonstrieren läßt; ich erinnere nur an den geradezu beschämenden flauen Besuch der Versammlungen anlässlich der Berichterstattung der Delegierten nach der letzten Generalversammlung und dies zwar ausnahmslos in allen Gauen. Eine Gleichgültigkeit ohnegleichen ist eingetriffen und ich glaube wohl nicht zuviel zu behaupten, wenn ich der Ansicht Raum gebe: Würde der Zentralvorstand heute wieder an die Gauvorstände die Frage richten, wie anno 96, wie die Stimmung der Mit-



glicher zu einer Bewegung sei? Das Resultat wäre noch viel blamabler als damals.

Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß wohl der Verband an Mitgliedszahl zugenommen hat, wogegen die Qualität in gewerkschaftlicher Beziehung der Quantität gegenüber gegen früher bedeutend gesunken ist. Leider nur zu wahr ist es, was mir ein alter Kollege, der in der Tätigkeit für den Verband und zwar an hervorragender Stelle ergraut ist, aus einer der größten Druckstädte vor wenigen Wochen geschrieben hat: „Lassen wir die Kollegen nur so fortwurseln, wir wollen dann sehen wo wir hinkommen und wer recht behält. Die Zustände in unserm Berufe werden immer miserabler in der Entlohnung und der Behandlung wie auch in der Arbeitsweise. Trotz der riesigen Konditionslorenzahl wird seitens der arbeitenden Kollegen drauf los gestürmt, teilweise noch Ueberstunden gemacht, daß es eine wahre Schande und ein Hohn auf die Solidarität und Kollegialität ist. Wenn das so weiter geht und die Kollegen nicht fortwährend auf das Unsinnsige und Schädliche ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht werden, dann geht unser Beruf noch traurigeren Zuständen entgegen und man kann bloß froh sein, daß man schon so akt' ist wie ich!“ Und an anderer Stelle schreibt derselbe Kollege: „Bei uns ist Harmonieübelkeit schon so weit vorgeschritten und die schlechte Geschäftsfrage trägt auch noch dazu bei, die Kollegen noch energieloser zu machen! Nur nirgendwas anreden und anstoßen, damit man überall „lieb Kind“ ist, das ist in unseren steifen Trümpf geworden!“ — Da liegt der Haß im Pfeffer! —

Alle Achtung vor dem hohen geistigen Flug des Kollegen Neuhäuser, aber was nützt es, wenn sein Geist der Zeit vorausseilt und die Mehrzahl der Kollegen ihm keine Weisheitslehre leisten kann, weil sie des Arbeitstages rauhe Wirklichkeit auf wesentlich andere Wege weist. Die Erziehung der Mitglieder zu charaktervollen, prinzipienfesten Männern, die auch den Mut haben, ihr Recht als Menschen zu fordern und zu verteidigen, das ist es, was uns nicht tut! Als die nächstliegende und vornehmste Aufgabe betrachte ich dies innerhalb unsers Verbandes. Immer schwieriger wird aber diese Aufgabe, wenn der uns kostbare Raum des Corr. und die Zeit der Versammlungen mit derartigen Thematika wie in den letzten Wochen ausgefüllt werden. Man könnte beinahe versucht werden zu glauben, es läge System in dieser Sache, man sieht nur den Splitter in des Bruders Auge und den riesigen Balken im eignen sucht man gesittentlich zu übersehen.

Nie und nimmer kann ich es verstehen, daß wir als Gewerkschafter hinausstreten sollen in die politische Arena und den altbewährten Weg, auf dem wir bald ein halbes Säkulum wandeln und Schritt für Schritt vorwärts gekommen sind, verlassen könnten. Im Ausbau unsrer Organisation bietet sich noch ein überaus reiches Arbeitsfeld und wenn wir dieses frei und offen unter Vermeidung jeder Phrasologie und widerwärtiger Lobhudelei beackern, dann wird auch der Verband nicht erstickt in einer bürokratischen Instanzenwirtschaft, als welche sich leider die Tarifinstitutionen nach meinem Empfinden allmählich entpuppen, die langsam aber sicher unter heutigem Verhältnissen jedes Selbstständigkeitsgefühl unter den Verbandsmitgliedern abtöten und den Verband zu einer reinen Versickerungsanstalt herabdrücken.

Gewiß schimmert gar manches wertvolle Problem zur Hebung des gewerkschaftlichen Lebens im Schoße unserer Kollegen und Aufgabe des Corr. ist es dieselben zu wecken. Wütig wird es aber ebenfalls sein, daß nicht hinter jedem Kollegen, der einmal neue Gedanken zum Ausdruck bringt, wenn auch diese zufällig nicht gerade einer gewissen Latenz entsprechen, ein Hezer oder Feger gesucht wird, sondern erkennen wir als Kollegen und Arbeiter bei all derartigen Fragen stets eine gute und ehrliebe Absicht als Voraussetzung an, dann wird auch der Corr. frei werden von gar manchen häßlichen persönlichen Polemiken, und sind wir erstarkt im Innern, dann sind wir auch eine gewaltige Macht nach außen! Hiermit möchte ich meine Ausführungen schließen mit den Worten:

„Warum in die Ferne schweifen?

„Sieh, das Gute liegt so nah!“

Karlstraße (Baden).

Es.

## § 1.

Seit Wochen liest man im Corr. nichts andres mehr als die mehr oder weniger langen und giftigen Auslassungen gegen den Corr.-Redakteur. Ist es schon einzig, daß der Schriftleiter eines Blattes gegen sich gerichtete Artikel bringen muß, so wird die Sache geradezu wunderbar, wenn man bedenkt, daß der Angegriffene weiter nichts getan hat als seine Meinung über, besser ausgedrückt, eine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ist dies denn gar ein so großes Verbrechen? Mag es wahr sein oder nicht, daß Herr Neuhäuser verärgert ist über seinen Ausschluß aus der Partei, was ich nicht einmal glaube, jedenfalls hat er Gedanken zum Ausdruck gebracht, die noch von sehr vielen innerhalb unsrer Organisation geteilt werden. Dieser ganze Streit ist ja eine wunderschöne Illustration des § 1 unsers Verbandsstatuts, der die Vertretung der gewerblichen, geistigen und materiellen Interessen an die Spitze stellt unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen.

Es ist leider so weit gekommen, daß die Zugehörigkeit zum Verbands als gleichbedeutend aufgefaßt wird mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei. Und jeder,

der sich untersteht, hiergegen zu protestieren auf Grund des § 1, wird niedergeschrien, jeder andre Bedanke wird zurückgewiesen. Diese Knebelung ist ein prächtiger Beleg zu der „Freiheit“ in der Partei. Es ist wirklich tiefschmerzhaft, daß der Verband auf einem derartigen Niveau angelangt ist. Der Redakteur handelt nur richtig, wenn er hin und wieder Artikel schreibt, die die Allgemeinheit an den Bewußten § 1 erinnert Gerabzu aber ist es, Herr Neuhäuser ein Hofjahn nach Orben und Auszeichnungen als Grund seines Handelns unterzuschreiben. Es ist gewiß, daß die Idee der Arbeitervertreter viele Freunde hat. Sehr vielen ist es nach ihrer Auffassung unmöglich, sich in den Rahmen irgend einer Partei zwingen zu lassen und es wäre diesen gewiß willkommen, einem Arbeiterkandidaten ihre Stimmen zu geben, der außerhalb der Partei steht. Natürlich werden ja die „Zielbewußten“ alle Inbegriffen in obigem Sinne als bunn und rückständig bezeichnen. Lassen wir ihnen diesen Vergnügen. So lange die Welt steht wird es eben nie gelingen, alle Menschen unter einen Hut zu bringen und schon deshalb sollte jene Unzulässigkeit, die gerade in den letzten Wochen so offensichtlich zu Tage trat, aus unseren Reihen, die doch viele „aufgeklärte“ Köpfe in sich schließen, verschwinden. Lassen wir nur jeden nach seiner Dagon selig werden, wenn er seiner Pflicht als Verbandsmitglied und Mensch genügt.

Im Uebrigen möchte ich die leidige Sache nun endlich von der Tagesordnung abgesetzt sehen. Der Raum des Corr. kann wirklich besser verwandt werden als nur zum Ablagerplatz für persönliche Reibereien. Vor zwanzig Jahren bekam man sehr viel praktische, technische Artikel zu lesen im Corr. Das hat seitdem aufgehört. Daß das Gehilfenmaterial seitdem qualitativ so viel besser geworden wäre, daß derartige Artikel überflüssig sind, kann wohl nicht behauptet werden. Es wäre manchem dienlicher, sich mehr mit der Technik als mit der Parteipolitik zu befassen. Die Praxis beweist dies alle Tage. Es ist durchaus nicht nötig, daß der Verband im Schlepptau der Sozialdemokratie jage. Sollte es aber dahin kommen, daß das letztere offizielle Wirklichkeit wird, so bliebe nur übrig, den § 1 zu revidieren. Gleichzeitig müßte der Austritt vieler Mitglieder erfolgen, die den Gedanken der reinen Gewerkschaft vertreten. Wichen sie trotzdem Mitglieder des Verbandes, um ihre langjährigen Rechte zu wahren, so würden sie sich zum mindesten sehr unbedachtlich fühlen. Ob diese Zersplitterung der Kräfte von Vorteil wäre, bleibe dahingestellt. Eider würde die Zahl derjenigen bedeutend vermehrt, die grollend beiseite treten, weil ihnen der „Zeitgeist“ im Verbands nicht gefällt.

Breslau.

W.m.

## Korrespondenzen.

M. Berlin. (Bericht über die Vereinsversammlung am 7. Januar.) Diese Versammlung, welche das neue Geschäftsjahr eröffnete, war äußerst zahlreich von Vertretern aus allen Druckereien — da für 7000 Mitglieder unsers Gaus kein geeigneter Versammlungsraum zur Verfügung steht — besucht, so daß der große Saal des Gewerkschaftshauses nicht befüllt war. Galt es doch über den „Renegaten“ in Leipzig zu Gericht zu sitzen. Zunächst gab der Vorsitzende Massini einen kurzen Rückblick über das verlossene Vereinsjahr. An bedeutungsvollen Ereignissen stehe die Einführung des neubeschlossenen Tarifkontextars zu Beginn 1902 an der Spitze; es habe diese soziale Erregung dazu beigetragen, daß größere gewerliche Differenzen unsers Berufes nicht zu verzeichnen waren und somit die Grundlage zu einer förderlichen Entwicklung desselben sowie unsrer Organisation gegeben würde. Wenn auch nicht alles bei diesem Vertrage geschaffene, wie z. B. der paritätische Arbeitsnachweis, vollständig die Zufriedenheit der Kollegenchaft habe erringen können, so möge hierbei ausdrücklich hervorzuheben werden, daß die Wirksamkeit dieser Einrichtung unter den denkbar ungünstigsten äußeren Verhältnissen begonnen; der wirtschaftliche Tiefstand und die durch denselben verursachte außergewöhnliche Arbeitslosigkeit ließen die neue Einrichtung mit einer äußerst schwierigen Situation kämpfen; es könne nur der Wunsch ausgedrückt werden, daß die Kollegenchaft zunächst noch einige Nachsicht und die Verwaltung des Nachweises im neuen Jahre das Bestreben bemerkbar mache, den berechtigten Wünschen der Gehilfenchaft gerecht zu werden. — An sonstigen Ereignissen sei noch die Angliederung der Zwalbenzukunftseinrichtung an unsre Gaukasse hervorzuheben, welche den in der bankrotten Ortsinvalidenkasse organisiert gewesenen Verbandsmitgliedern dank ihrer guten Organisation die Hilfe angedeihen lassen konnte, welche sie vor vollständigem Verluste ihrer durch Jahrzehnte hindurch geleisteten Beiträge bewahrte. Auch der stattgefundene Gewerkschaftskongress und unsre Generalversammlung seien hervorzuheben, weil sie der Ausgangspunkt für die Verständigungsaktion waren, welche die Angehörigen unsers Berufes wieder zusammenführte, um gemeinsam für die Interessen der Allgemeinheit zu wirken. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis auf den guten Stand unsrer Finanzen, dem Danke für alle Vereinsfunktionäre und dem Wunsche, daß das neue Jahr ein besseres geschäftliches wie das verlossene und weiterhin förderliches für unsre Organisation werden möge. — Unter Vereinsmitteilungen wurde bekannt gegeben, daß anlässlich der Feiertage bzw. der Bezahlung derselben nur in fünf

kleineren Druckereien Differenzen entstanden seien, welche durch Schiedsgerichtspruch erledigt werden. Sonst war noch ein erster Konflikt in der Volkzeitung zu verzeichnen, der aber unter Einwirken der Tarifbehörde und des Gauvorstandes in ruhiger, zufriedenstellender Weise erledigt wurde und die WiederEinstellung dreier entlassener Kollegen zur Folge hatte. Ferner gelangte ein Schriftstück zur Verlesung, das die Raudequisitenfabrik von Jünger & Sohn, Berlin S., an das Tarif-Komitee gefandt hatte, welches darum sich an die Firma wandte, weil diese eine größere Druckereiabteilung besitzt, und das in folgender unerschämter Weise beantwortet wurde: „Für Ihre Bemühungen bestens dankend, senden wir Ihnen anbei die Druckfachen zurück. Wir bemerken, daß es wohl ein Irrtum ist, daß unsre Firma einen Tarif unterschrieben hat. Sollte es der Fall sein, so könnte es nur von einer unberechtigten Person, die sich der Sache nicht bewußt gewesen ist, geschehen sein. Wir haben nur Druckerei für unsern Betrieb und wenn auch 6 Pressen im Gange sind, so fühlen wir uns doch nicht als Buchdrucker. Namentlich können wir uns Ihren Ansichten durchaus nicht anschließen und würden jeden Arbeiter, der sich erdreisten würde, mit Forderungen an uns heranzutreten, sofort entlassen. Es gibt doch so viel Leute, daß man nicht in dieser Hinsicht nur das beste Personal und nicht Aufrührer und Hezer beschäftigen muß. Wir heuligen der Meinung, daß sich jeder Arbeiter um seine eignen Angelegenheiten kümmern kann, daß ihm aber Verhältnisse und Angelegenheiten seiner Kollegen nichts angehen. Hochachtung Jünger & So.“ — Eine Beschwerde der Arbeitslosen, daß vor einigen Wochen in der Mühlengleisen Buchdruckerei durch den Faktor vier Bündler an einem Tage zur Einstellung genommen waren, und zwar unter Ausschluß des Arbeitsnachweises, hat dahin ihre Erledigung gefunden, daß Herr Kommerzienrat Mühlengleisen nach erfolgter Mitteilung die sofortige Entlassung der vier Eingestellten veranlaßte, und den Faktoren wiederholt und strengstens aufgab, Arbeitskräfte nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis zu beziehen. Da der Kassierer der Berliner Stereotypenvereinigung sich durch eine Erklärung Massinis auf der Mündener Generalversammlung bei Gelegenheit der Diskussion über eine Fachvereinsangelegenheit beleidigt fühlte, indem man ihn als Hirsch-Dundernauer eingestuft haben soll, und seine Rehabilitierung durch richterliche Exekution angebroht hat, so blieb Massini nichts übrig wie zu erklären, daß in seinen betreffenden Meinungen nicht das Hauptgewicht auf Zugehörigkeit des Beleidigten zu irgend einer bestimmten Organisation zu legen sei, sondern darauf, daß er als Verbandsmitglied eines Verbands-Fachvereins nicht dem Verbands angehöre. Vom 16. Januar an sollen die Vorstandssitzungen Freitags stattfinden — zunächst probeweise. Nimmehr wurde in die Diskussion über die Frage eingetreten: Wie stellt sich die Berliner Kollegenchaft zu den letzten Maßnahmen des Corr.-Redakteurs bzw. über seine Probe aufs Exempel. Einleitend führte Kollege Massini dazu aus, daß es nicht gerade angenehm sei, sich jetzt schon wieder, durch solche Ursachen veranlaßt, mit unserm Redakteur zu befassen, nachdem doch der Gewerkschaftskongress und die Generalversammlung des Verbandes die Grundlage geschaffen hatte, auf welcher sich die Tätigkeit des Verbandes mit der andern Arbeiterchaft und der Partei für die Zukunft abspielen sollte. Jetzt ercheine ein Artikel Neuhäusers, der nicht in seiner Fassung als persönliche Meinungsäußerung aufgefaßt werden kann (als was denn, Herr Gauvorsteher Massini? A) und der die Gefühle eines großen Teiles der Kollegenchaft beleidigen muß. Will man nicht eine ungeheuerliche Willkür bei A. voraussetzen, daß er den Artikel in der momentanen politischen Konstellation ercheine ließ, so muß man sagen, daß er mit demselben bedeutend entgleist ist. Es habe der Gauvorstand sofort nach Ercheinen desselben Stellung genommen und an den Zentralvorstand die Meinung gelangen lassen, daß Maßnahmen ergriffen werden müßten, um solches unerschöpflich sein könnendes Wirken unmöglich zu machen; es könne dieses einzig nur dazu beitragen, die angenehme, erprobte Arbeit mit der übrigen organisierten Arbeiterchaft, wie wir sie gerade auch in Berlin haben — zu stören. Erfreulicherweise habe der Zentralvorstand diese Ansicht geteilt und das weitere veranlaßt. Wenn auch damit eigentlich alles getan sei, um das Ungeheuerliche gut zu machen, so müsse man sich aber auch zu seinen im Artikel niedergelegten Ansichten äußern, die, um klar und deutlich zu sprechen, von einem gewissen politischen Größenwahns zeugen, von dem andere Kollegen, nebenbei gesagt, auch nicht ganz frei seien. Das was A. als individuell veranlagter Charakter zum Ausdruck bringe, sei so ganz jenseits von den gegebenen Verhältnissen, daß man ein Wolkentückchen beim aufsuchen müsse, um überhaupt Vergleich in der Praxis ziehen zu können. Die Zentralvorstande, die A. sich wünscht, seien ja schon da; denn wer sind die Vertreter, die in den verschiedenen kommunalen, Sozialgesetzgebungs- und sonst geschehenden Körperchaften sitzen? Doch meistens Mitglieder von Gewerkschaften und meistens als Mitglieder von Gewerkschaften und prozentual größtenteils Angehörige unsrer Organisation. Die Förderung und das Weiterstreben in der Sozialgesetzgebung liege ja schon in den Händen von wirklichen Arbeitervertretern. Wenn hierbei auch ausgesprochen werden kann, daß es nicht besonders geschmackvoll vom Vorwärts wie auch von anderen Parteiblättern war, die „Probe aufs Exempel“ in der Ab-

icht der Präsentation als „schlichter Arbeiter“ oder zwecks Erlangung einer Bursenmedaille geschrieben sein zu lassen und die Entrüstung der verehrlichen Kollegen in den Spalten des Corr. auch ein wenig zu gemacht aussehe, so könne man solche Abwehr verstehen, entsprechend den Erfolgen, die die katholisch den Kollegen gegenüber N. vor einigen Wochen erst erzielt haben, als er sie angegriffen hätte. Was dem einen recht sei, müsse dem anderen billig sein. Die Gefolgschaft, der sich N. erfreue, sei ziemlich zweifelhaft; das Z. V. Z. im Briefkasten und die Grenzrettung Zsl. Fines seien doch wenig angetan, ihm sonderlichen Trost verschaffen zu können. Herr Massini, lassen Sie das meine Sorge sein, ob ich Trost brauche und von wem ich einen solchen anzunehmen gewillt bin. N.) Zweckmäßiger wäre es gewesen, wenn er nach dem von ihm schon öfters in Briefkasten empfohlenen Recepte gehandelt und den Artikel aus „tatsächlichen Gründen“ nicht publiziert hätte. Wenn wir nun aus alledem eigentlich keine große Ursache hätten, uns über seine politischen Phantasien zu engagieren, so müßten wir uns aber doch — ohne N.s freie Meinungsäußerung unter persönlicher Verantwortung beugen zu wollen — gegen jene ungeschliffene Form seiner Schreibweise wenden, die eben im wesentlichen auch im fraglichen Artikel zum Ausdruck gebracht wurde. Es sei diese ihm zu eigen und er selber durch dieselbe veranlaßt, daß dem einzelnen die Mitarbeit am Corr. verwehrt werde und deswegen nur die Erregung entstehen müßte, die auch seinerzeit (1870) den damaligen Corr.-Redakteur Härtel zwang, seine grobglöckere Redaktionsform einzustellen. N. habe andere Aufgaben zu erfüllen, wie politisch zu spintifizieren; da sei das unerwünschte Thema über unsre Arbeitslosigkeit und wie steuern wir derselben, da sei die Bekräftigung usw., ja, durch solches Zu-der-Feerne-Schweifen sehe N. schon gar nicht mehr, was um ihn herum vor sich gehe. (Wollicherweise ist Massini da, der mich wieder auf den Weg des „Nichtes“ zurückführt. N.) Wo war bis zum Augenblicke etwas über das Tarifabkommen der Brauereiarbeiter im Corr. zu lesen, in dem doch der § 616 des B. G. B. in einer Weise berücksichtigt wurde, gegen welche unsre tarifliche Abmachung gar nichts bedeutet? (Ebenfalls bin ich auch daran schuld, daß bei uns der § 616 des B. G. B. nicht im Sinne der Brauereiarbeiter gedeutet ist. Im übrigen ist die Angelegenheit in Nr. 5 des Corr. behandelt; Herr Massini mußte wissen, daß derlei Dinge vom Corr. noch nie unerörtert geblieben sind, aber das „Material“ war knapp, ich verstehe. N.) Hier sei das Tätigkeitsgebiet unsers Redakteurs und hätte er dieses nicht verlassen, so wäre er auch nicht in die Verlegenheit gekommen, die Geister nicht mehr bannen zu können, die er gerufen hat. Der Gewerkschaftskongress und unsre Generalversammlung haben Direktiven gegeben und Beschlüsse gefaßt, denen sich jeder beugen muß, sei es ein Bauvorstand oder ein Corr.-Redakteur, es müsse solchen Gesetzen nachgekommen werden oder — eben nicht. (Verhätter Beifall.) In der Diskussion äußerte sich Kollege Dijon, daß er früher jederzeit in Schutz genommen habe gegen oft unbedeutende Angriffe, jetzt könne er das nicht mehr. N. habe sein Verprechen in Stuttgart und München schon öfters gebrochen und den größten Teil der deutschen Kollegen schärflich beleidigt, auch stimmen seine unangenehmen Ziffern über die in sozialdemokratischen Organisationen sich befindlichen Buchdrucker absolut nicht. In seinem Artikel sei auch die Arbeit der Parteigeordneten während der letzten Zolldebatte in einer Weise kritisiert, die in ihrer beleidigenden Form geradezu ungeheuerlich sei. N. habe einen Gesinnungswechsel erlitten — erst hyperadiale und nun der ordnungsfremde — der einzig dasche. Will N. in's bürgerliche Lager überichwenken, so möge er es tun, uns aber mit seiner fernern Tätigkeit versehen. Redner brachte folgende Resolution ein: „Die am 7. Januar tagende Versammlung erklärt sich mit der Schreibweise N.s besonders im Artikel Die Probe aufs Exempel keineswegs einverstanden. Sie erklart in demselben eine Provokation der gesamten deutschen Sozialdemokratie und vor allem der sozialistischen (des sozialdemokratischen. N.) genannten Verbandsmitglieder sowie eine Beleidigung der Arbeitervertreter im Reichstage. Die Versammlung erkennt die Tätigkeit der letzteren namentlich in letzter Zeit vollständig an. N. fordert sie auf, in Zukunft seine persönliche und geschäftliche Schreibweise einzustellen, da sonst ein ferneres Zusammenarbeiten in seiner gegenwärtigen Stellung unmöglich ist. Sie kann N.s Ansicht betreffs Aufstellung von Reichstagskandidaten nicht bestimmen.“ Kollege König's ist der Ansicht, daß wir ruhig darauf verzichten könnten, Kollegen N. als unsern politischen Mentor zu sehen und er sein Bestreben zwecks Gründung von neuen Parteien ruhig in andere Gebiete verlegen könnte. Unsre Organisation will seine ganze Kraft zur fernern förderlichen Entwicklung haben, sie aber nicht durch Experimentierereien vergeudet sehen. Sollte er dies nicht wollen, so möge er ruhig Veranlassung nehmen, geräuschlos von der Oberfläche zu verschwinden. Redner brachte folgende Resolution ein, da die erste brachte zu sehr politischen Tendenzen Rechnung trägt: „Die am 7. Januar usw. spricht ihre Billigung darüber aus, daß der verantwortliche Redakteur des Corr. durch sein Verhalten wieder Veranlassung gegeben hat, den Corr. rein gewerkschaftlichen Zwecke zu entfremden — namentlich spricht sie ihm jedes Recht ab, in den Spalten desselben für seine persönliche politische Uebersetzung Propaganda zu machen.“ — Kollege Weber hält die Schreib-

weise N.s der in Scharfnachorganen geübten gleichwertig, während Wachs die Vermutung ausspricht, daß N. mit seinen Artikeln den Begehrten für Vereinerlichung des allgemeinen Wahlrechtes, Schrittmacherdienste geleistet haben wird. N. verlange, daß die Berichte aus den Mitgliedschaften auf ein Minimum eingeschränkt werden sollen, um die Spalten des Corr. nicht zu überfüllen, trotzdem diese doch aber unsrer Organisation und zur Verständigung der Kollegen unter einander mehr beitragen dürften wie Proben aufs Exempel. Kollege Wönitz wünschte, daß der Zentralvorstand energisch gegen N. vorgehe, da er unsre Organisation bei der Arbeitererschaft immer wieder in Mißkredit bringe, und Bilz ist der Ansicht, daß er die Kollegenchaft für recht dumm halte, wenn er bei ihr noch Sympathien erwarte. (Ich werde den Schmerz, bei den betr. Rednern auf ihre Sympathien verzichten zu müssen, zu ertragen wissen. N.) Kollege Bremer verteidigte N. und sprach die Meinung aus, daß das, was N. in den Artikeln propagiere, früher oder später Gemeingut der Arbeiterbewegung werden wird, er sei kein Freund des Proprietums, das sich in der Parteibreit mache. Leider unterbrach die Versammlung den Redner verschiedentlich in lärmender Weise. Kollege Döblin äußerte sich dahin, daß vorauszufragen war, daß heute mehr das politische wie das berufliche Gefühl zum Ausdruck kommen würde. Es sei ja schon ausgeführt, daß auch der Zentralvorstand gegen den Artikel sofort Stellung genommen und N. aufgegeben habe, einmal gefaßte Beschlüsse zu respektieren. Er ist wohl ein guter Redakteur, der gewiß schon öfter die Interessen der Kollegen in wirksamer Weise vertreten hat, man möge nur der Zeit seines Amtsantrittes gedenken, aber er übersehe eben die Wirkung seiner Publikationen. Er sei über's Ziel hinausgeschossen und habe alle Ursache, sich zu rehabilitieren. Ob es aber notwendig sei, der Entrüstung durch obige Resolutionen Ausdruck zu geben, sei zweifelhaft; die geflossene Aussprache erfülle denselben Zweck und die Zukunft werde es ohnedem lehren, daß N. den angeführten Wünschen der Kollegenchaft Rechnung tragen würde. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion fand Annahme, ebenso die Resolution Dijon mit 190 gegen 136 Stimmen. Es war die Abstimmung deshalb nicht einhellig, weil die Minderheit die weniger politisch gefärbte Königsche annehmen wollte und ein großer Teil sich der Abstimmung überhaupt enthielt. — Die Abrechnung vom Stiftungsfeste ergab eine Ausgabe von 2950,30 Mk. — An Personalveränderungen war zu melden: Der Austritt des Sekretärs Max Bronsky, des Stereotypens Gemenis Keigel, beide wegen Berufsveränderung. Verstorben sind die Kollegen W. Wendenburg, N. Wollenberg, C. Kujak, Drucker W. Kummert, A. Auerbach und M. Eryshall, von welchen der beiden letzteren besonders ehrend gedacht wurde, da sie tätige und treue Mitglieder des Verbandes waren.

(Wie mit dieser Tatsache, daß höchstens 400 Mitglieder in der Versammlung anwesend waren, der Einigung des Berichtes, für die 7000 Mitglieder des Berliner Vereins lasse sich kein genügend großes Lokal finden, in Einklang zu bringen ist, verstehe ich nicht. Denn damit steht doch das Resultat der ganzen Debatte, daß trotz des „instruktiven“ Vortrages des Signore Albert Massini nur knapp 200 Personen für die Resolution Dijon zu haben waren, in gar keinem Einklang. Vielleicht hätte man mich der Ehre einer Einladung zu dieser Versammlung gewürdigt, aber freilich, in Berlin sind keine „genügend großen Lokale“ vorhanden und einen Stehplatz wolle man mir wohl nicht anbieten. N.)

§ Berlin. Wie die Buchdruckerei Fhring & Fahrenhoff sich bemüht, willige und billige Arbeitskräfte zu ergattern, dürfte aus nachstehendem deutlich hervorgehen. Der Stereotypen J. Fr. hatte auf eine Offerte im Klmschischen obigen Firma mitgeteilt, daß er gewonnen sei, bei ihr anzufangen, wenn die Firma ihm ein Anfangsgeloh von wöchentlich 30 Mk. zahle. Darauf ging ihm folgender Bescheid von der Firma zu: „Auf Ihre Karte vom 3. d. M. teilen Ihnen mit, daß wir Sie eventuell nur unter tariflichen Bedingungen als Stereotypen bei uns einstellen würden. Wir sehen dabei voraus, daß Sie N.-B. sind. Das Engagement würde nach Maßgabe der Bedingungen unsrer Fabrikordnung erfolgen. Falls Sie damit einverstanden sind, wollen Sie uns umgehend Nachricht geben, ob Sie bestimmt am 12. d. M. eintreffen.“ — 30 Mk. Wochenlohn waren also der Firma für einen Stereotypen zuviel, er sollte unter tariflichen Bedingungen anfangen! Dafür sollte er aber auch noch N.-B. sein und sich der Fabrikordnung — wie mag die beschaffen sein! — willenlos fügen. Der Kollege hat nachweislich davon Abstand genommen, auf dieses glänzende Arbeitsangebot einzugehen. Es wäre interessant zu wissen gewesen, wie viel Märker Wochenlohn dem Stereotypen zugedacht worden wären, da der tarifliche Mindestlohn für solche in Berlin 30 Mk. ist. Seit dem Jahre 1891/92 arbeiten bei der Firma nur Bündler, da ist es verständlich, daß sie es sich leisten kann, bei Engagements auf ihre Fabrikordnung und die Fabrikmarke N.-B. zu pochen. Den Herren steht das Bewußtsein organisierter Arbeiter. Für die Stereotypen aber dürfte dieser kurze Hinweis genügen, daß sie bei Engagementsabschlüssen nach Berlin recht vorsichtig sind.

-h- Großsch-Began i. Sa. Auch unsern Ortsvereine ist es gelungen, durch ein stets fleißiges in Hand arbeiten und reges Interesse zur Verbandsache eine Druckmaschinen-Ausstellung hierorts zu veranstalten.

Dieselbe wurde am 28. Dezember, 1. und 4. Januar im kleinen Gesellschaftszimmer des Ratstellers abgehalten. Unterstützt wurde die Ausstellung durch den Ortsverein Chemnitz sowie der Kommission der Drucker und Maschinenmeister im Buchgewerbe zu Leipzig, indem uns eine große Anzahl der verschiedensten Erzeugnisse moderner Buch-, Accidenz- und Bilderrucke in Ein- und Mehrfarbenruck sowie der Satzzeugnisse freundschaftlich zur Verfügung gestellt wurden. Auch die Firma G. Reichardt-Groißsch beteiligte sich an der Ausstellung und ist hervorzuheben durch ihre vorzüglichen Leistungen im Buch-, Accidenz- und Bilderrucke moderner Richtung. Ebenfalls sind lobend zu erwähnen die Firmen Scheller & Giesecke sowie Körner & Dietrich-Leipzig, welche speziell durch ihre Dreifarbenrucke hervorragendes boten. Auch die übrige Ausstellung, im wissenschaftlichen, mathematischen usw. Werkzeuge und Drucke sowie eine Unmenge Vorlagen, die in das Fach des Buchdruckgewerbes gehören, jesselte eines jeden Aufmerksamkeit und volles Interesse. Das erstemal, daß unser Ortsverein seit seinem Bestehen mit einer Druckmaschinen-Ausstellung an die Öffentlichkeit getreten und mit Genugtuung darauf konstatieren werden, daß die Ausstellung eine wohlgeungene gewesen ist, welche von Interessenten gut besucht war sowie für jeden einzelnen Kollegen gar manches zur weitem Ausbildung enthalten haben dürfte. Am ersten Ausstellungstage vereinigte des Abends ein Kommerz unsere Mitglieder sowie Gäste und bei guter Fidelity, gewürzt durch mannigfaltige ernste und heitere Vorträge, wurde die Stimmung sehr gehoben. Im großen und ganzen ist die Ausstellung gut verlaufen und sei von dieser Stelle dem Ortsvereine Chemnitz sowie der Kommission der Drucker und Maschinenmeister im Buchgewerbe zu Leipzig unser herzlichster Dank abgesehen für ihre Unterstützung. Möge unser Ortsverein, der in diesem Jahre das zweite Stiftungsfest feiert, auch fernerehin befreit bleiben, mit seinen Mitgliedern dem Wohle des Ganzen zuzusteuern, die Kollegialität mehr und mehr zu festigen sowie durch stets wohlthätigen Verbandsbesuch das Verbandsinteresse zu wahren und hochzuhalten. — Um die Kollegialität auch weiter zu pflegen und anzuspornen, wurde vor längerer Zeit der Beschluß gefaßt, eine Bibliothek zu gründen. Auf unsre in letzter Zeit an die Ortsvereine und Mitgliedschaften im Corr. gerichtete Notiz um Unterstützung durch Zuwendung von Fachschriften, Literatur, klassischen Werken und Büchern überbanden uns einzelne Kollegen Geschenke in Büchern usw. Auch für diese Spende sei den Kollegen wie dem Ortsvereine Chemnitz der Dank gesprochen. Wir bitten, auch weiter uns Unterstützung zukommen zu lassen durch Zuwendung lehrreicher Literatur, Fachschriften, klassischen Werken usw. an die Adresse des Vorsitzenden Frh. Eckardt, Schützenstraße 34, senden zu wollen. — In jedem Kollegen unsers Ortsvereins liegt es nun, die Bibliothek recht fleißig zu benutzen und die gute Sache fördern zu helfen im eignen Interesse. Jedem Sonnabend ist Bibliothekabend im Vereinslokale Trotte.

Havensburg. Die am 17. Januar abgehaltene Versammlung der Mitgliedschaft Havensburg beschloß, dem Redakteur Rezhäuser für seine Haltung vollste Anerkennung zu geben und konstatierte, daß alle bis jetzt erfolgten Angriffe gegen ihn nicht im stande sind, die Mehrheit der Verbandsmitglieder für die Opposition zu begeistern. Die Versammlung hofft, daß die gefälligen, seit geraumer Zeit die Spalten des Corr. füllenden Artikel in Zukunft in den Papierkorb wandern.

Waldenburg i. Schl. In der am 10. Januar abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins, an welcher auch Mitglieder aus Gottesberg, Altmasser und Heßstein teilnahmen, erfolgte die Neuwahl des Vorstandes, die das unter Verbandsnachrichten erwähnte Resultat ergab. Des weitern nahm die Versammlung zu den jetzt im Corr. aufgeworfenen Streitfragen Stellung und mißbilligte fast einstimmig die gegen Herrn Rezhäuser gerichteten Angriffe. Es müsse dem Redakteur eines Gewerkschaftsblattes das Recht gewahrt bleiben, seine Ansichten und seine Meinung ebenso unverhohlen äußern zu dürfen, wie dies jedem Einzelnen, auch dem jüngsten Mitgliede, gestattet ist. Man möge, wenn man dies im stande sei, ihn widerlegen, aber nicht beschimpfen. Daß Herr Rezhäuser bei Wahrnehmung der gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder bei auftretenden Streitfragen und aktuellen Vorkommnissen einmal bei dieser oder jener politischen Partei ansetze, sei unvermeidlich; es könnte ja auch vorkommen, daß er im Eifer einmal etwas zu weit gehe, aber besondere Rücksichten auf die eine oder andre Partei habe er nicht zu nehmen, denn unser Verband sei von keiner Partei abhängig und dürfe es auch nicht werden. Ganz entschieden müsse dagegen protestiert werden, als ob die Mehrzahl der Mitglieder unsrer Organisation sozialdemokratisch gesinnt wären, — dies wäre eine durch nichts bewiesene Behauptung —, oder als ob Herr Rezhäuser seine Schreibweise nach den Wünschen politischer Heißsporne einzurichten hätte, denn im Verbands müsse politisch und religiös jeder nach seiner Façon selig werden können; Hauptache sei, daß man ein gutes Verbandsmitglied sei und seine Pflicht als solches erfülle. Wir brauchen keinen Preßmameluden oder Strohhmann, sondern einen selbständig denkenden Redakteur. — Der Vorsitzende wurde beauftragt, diese Meinungsäußerung der Versammlung im Corr. zum Ausdruck zu bringen.



## Kundschau.

Zur Probe aufs Exempel. Es wird wohl allgemein in der Kollegenchaft das Empfinden vorherrschend, daß die seit Neujahr im Corro tobenden Kämpfe im Interesse der Organisation zum Abschlusse gebracht werden müssen. Deshalb will ich auch meinerseits auf ein Schlußwort verzichten, obgleich ich mich damit eines Rechtes begeben, das mir niemand streitig machen kann. Aus der gepflogenen Diskussion habe ich die Ueberzeugung gewonnen müssen, daß bei meinen Gegnern für eine leidenschaftslose Erörterung der Tendenz meiner Artikel in Nr. 143 und 150 die Möglichkeit nicht vorhanden ist und daß, wie ich bereits in Nr. 150 gesagt, ein Austrag meines Programms gegenwärtig zu inneren Kämpfen und einem tiefen Zwiespalt führen müßte. Zu einer Zerföhrung der Einigkeit der Kollegen will ich natürlich nicht beitragen. Nur um deswillen, nicht etwa einer angeblichen Ordre des Zentralvorstandes gehorchend, habe ich ohne Zwang und aus eigenem Ermessen in Nr. 150 geschrieben, daß für mich diese Angelegenheit vorläufig erledigt sei. Und darum gehe ich auch heute zur Tagesordnung über, ohne all der — Widerlegungen zu geben, die meine Ueberzeugung von der Nichtigkeit meines Programms nicht erschüttern können. Ich fühle mich stark genug, meinen Gegnern in Poësie und Prosa den weitesten Spielraum zu lassen. Aber wie gesagt, die Sache läßt sich jetzt ohne Schaden für die Organisation nicht zum Austrage bringen, auch hier will gut Ding Weile haben. — Lassen wir daher beiderseits Schluß der Debatte eintreten. B. Mezhäuser.

Ein Kollege in Neapel ersucht uns, bekannt zu geben, daß die Maschinenmeister, bei etwaigen Engagements nach dort, in ihrem eignen Interesse darauf sehen müßten, nicht unter 50 Lire Wochenlohn und nur bei Bezahlung der Reisefkosten Konditionen anzunehmen. Da die Feiertage nicht bezahlt und außerdem für Zuspätkommen der doppelte Betrag des Versäumnisses abgezogen werde, entspreche bei Berücksichtigung der Verhältnisse in Neapel der Betrag von 50 Lire ungefähr 30 Mk. nach deutschem Gelde. Im übrigen herrsche seitens der Prinsipale eine Willkür, die stets unliebame Kämpfe hervorruft.

Das Gewerbegericht in Leipzig beschäftigt sich dieser Tage mit einer Klage des Druckers M. in Markranstädt gegen die Firma Hager & Hübner (Markranstädt, Tageblatt). Kläger forderte 52 Mk. Entschädigung wegen Entlassung ohne Kündigung. Der Beklagte führte eine ganze Reihe von Gründen an, welche die Entlassung rechtfertigen sollten, und der Gerichtsvorsetzende rieth dem Kläger daraufhin, die Klage zurückzugeben, da schon die vom Kläger zugelassenen Einwendungen des Beklagten die sofortige Entlassung rechtfertigen würden. Der Kläger folgte denn auch diesem Rate.

In Dresden hat der Kommerzienrat Lingner eine öffentliche Kesselfalle errichtet. Die Stadt hat sich bereit erklärt, zu den 30000 Mk. betragenden Betriebskosten jährlich 10000 Mk. beizusteuern. Am 1. Februar soll die im unteren Stode gelegene uuentgeltliche Kesselfalle eröffnet werden, während die Leserräume im ersten Stode nur gegen Entrichtung von monatlich 1 Mk. resp. jährlich 10 Mk. zugänglich sind. Wer 100 Mk. jährlich zahlt, der erwirbt das Recht auf Benutzung reservierter Räume. Im ganzen sind 600 Zeitungen und Zeitchriften, auch Nachschlagewerke, u. a. 160 Adressbücher, ausgelegt und die Wände mit hervorragenden Gemälden geschmückt, die alle Monate gewechselt werden.

Preßprozeß. Die Magdeburger Volksstimme ist seinerzeit wegen Beleidigung des Magistrates von Halberstadt zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Infolge eingeleiteter Revision wurde das Urteil seitens des Reichsgerichtes an die Strafkammer in Magdeburg zurückverwiesen und von dieser die Strafe auf 60 Mk. herabgesetzt. Sehr bemerkenswert sind die Urteilsgründe. Es heißt in demselben u. a.: „Es steht von vornherein fest, daß eine Beleidigung von Behörden nicht so hart zu beurteilen ist wie eine Beleidigung von Privatpersonen. Eine Privatperson kann durch eine öffentliche Beleidigung ihr ganzes Lebensglück, ihre Ruhe, ihre Existenz einbüßen; es ist selbstverständlich, daß bei einer Beleidigung von Behörden solche Folgen nicht eintreten können.“ Bisher wurde von den Gerichten das umgekehrte Verfahren beliebt.

Meisterkurse für die Rheinprovinz. Der Eröffnung derselben in Köln wohnten der Handelsminister, der Oberpräsident, die Regierungspräsidenten der Provinz, mehrere Abgeordnete, die Präsidenten der fünf rheinischen Handwerkskammern usw. bei. Der Oberbürgermeister von Köln eröffnete die Feier und sprach die Hoffnung aus, daß die Erfolge dieser Einrichtung den gebrauchten erheblichen Opfern, welche im wesentlichen vom Staate und der Stadt Köln gebracht wurden, entsprechen möchten. Der Handelsminister legte in seiner Ansprache diesen Kurzen große Bedeutung bei. Leider habe der Staat zurzeit nicht die Mittel zur Verfügung, diese Kurse allgemein einzuführen. Er verwies die Handwerker auf die eigne Kraft,

den eignen Fleiß und die eigne Ausdauer, diese müßten das Rückgrat ihrer Tätigkeit bilden. Zu den Meisterkursen müsse besonders gründlich das Rechnen und Kalkulieren gelehrt werden. Als Beweis, daß viele damit sehr rückständig seien, dienten die Angebote bei Submissionen, welche die Kosten kaum zu beden vermöchten. — Bisher nahm man an — allerdings mit unrecht —, daß Meister ist, der alles kann. Und in der Tat geriet sich ein jeder, der in das Lager der „Meister“ übergeht, den Arbeitern gegenüber als eine Art Unversalgenie. Es schadet also nicht, wenn den Herren ihr Unermögen von hoher Stelle aus vor Augen gehalten wird. Aber ändern wird sich in der Sache selbst nichts — auch nicht durch die „Meisterkurse“.

Der Gesekentwurf über die kaufmännischen Schiedsgerichte ist dem Bundesrate zugegangen. Der Streit, ob dieselben den Amtsgerichten anzugliedern oder selbstständig fungieren oder den Gewerbegerichten beigegeben, ist zu gunsten der beiden letzteren Modalitäten entschieden worden. Die Gerichte selbst sind aus selbständigen Kaufleuten resp. Handlungsgehilfen zusammengesetzt, den Vorsitz führt aber da, wo ein Gewerbegericht besteht, in der Regel der Vorsitzende dieses Gerichtes, in den übrigen Fällen ist derselbe vom Magistrat oder der Gemeindevertretung zu bestimmen, darf jedoch dem Kaufmannsstande nicht angehören. Fast alle sonstigen Bestimmungen entsprechen denen des Gewerbegerichtsgejeses.

Die österreichischen Gewerkschaften treten vollständig an, um gegen das gegen sie geplante Attentat, die Umwandlung in Versicherungsgesellschaften, Front zu machen. Am Sonntag fanden bereits nicht weniger als 144 Versammlungen statt, in Wien 45, die in energischer Weise das Vorgehen der Regierung zurückwiesen.

Im dänischen Volkshaufe wurde ein Antrag, die Arbeitslosen-Unterstützung betr. einer Kommission überwiesen. Die Antragsteller, die s.-d. Fraktion, verlangen, daß 500000 Kr. allen Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden, die ihren Mitgliedern Arbeitslosen-Unterstützung gewähren, während die Unterstützung an Nichtgewerkschaftler den sogenannten freien Armentassen überwiehen werden soll. Beim Ministerium fand der Antrag keine besondere Sympathie. Auch in Norwegen hat die Landesorganisation der Gewerkschaften und der Norwegischen Arbeiterpartei ein Gesuch an die Regierung gerichtet, in welchem verlangt wird, daß dem Landtage ein Gesekentwurf vorzulegen ist, wonach 25000 Kr. zur Nachunterstützung für das laufende Jahr, des fernern 50000 Kr. aus Reichsmitteln ins kommende Budget eingestelt werden sollen. Die erste genannte Summe soll als Staatsbeitrag den Unterstützungsstellen der bestehenden Gewerkschaften zustehen, während die zweite Summe den im Jahre 1903 existierenden Unterstützungsstellen zu gute kommen soll. Der Vorschlag geht hauptsächlich dahin, daß die Summe an die Gewerkschaften je nach Mitgliederzahl und im Verhältnisse zum eignen Beitrage verteilt wird. Der Staatsbeitrag solle dreimal so hoch sein als der Beitrag der Mitglieder, jedoch nicht höher als 15 Kr. pro Jahr und Mitglied. Neu errichtete Arbeitslosenstellen erhalten erst dann Staatsbeitrag, wenn ein Grundfonds von 3 Kr. pro Mitglied erreicht ist. Auch sollen nur diejenigen Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten, die ohne eigne Schuld arbeitslos sind. Jährlich haben die Klassen der Regierung einen Bericht über die Geschäftsbearbeitung einzufenden. Eine Neußerung hierüber ist seitens der Regierung bisher nicht erfolgt.

Wegen Beleidigung resp. Mißhandlung von Arbeitswilligen wurden in Halle zwei Arbeiter zu dreizehn bzw. neun Monaten Gefängnis verurteilt. Wären die Vergehen nicht während eines Streiks begangen worden, so würde die Strafe jedenfalls bedeutend milder ausgefallen sein.

In Berlin streifen bei zwei Firmen die Stuccateure. Ursache: Lohnföhrung bzw. eine drakonische Arbeitsordnung. In Gera legten die Maurer den Unternehmern einen neuen Lohnstarif vor: Zehn Stunden tag, 38 Pf. Mindestlohn, Abschaffung der Accorarbeit.

In Horsens (Süddän) streiten die Klempner wegen Lohnföhrung. Die Meister sollen eine sich event. über ganz Dänemark erstreckende Ausperrung planen. Das werden sie sich wohl erst noch mal überlegen, da es sich im vorliegenden Falle nur um die Löhne der Junggefallen, also nur eine Bagatelle handelt. Der Streit der Freiseurgehilfen in Mailand hat zugenommen, von 1300 befinden sich 1100 im Auslande.

## Gingänge.

Die Pfälzische Verlagsanstalt in Neustadt a. d. S. überreichte ihre Gönner am Neujahrstage, der zehnten Wiederkehr des Gründungstages der Firma, mit einer Kurzen Geschichte ihres Wirkens in dieser Zeit unter Vorführung von siebzehn Ansichten der verschiedenen Geschäftsräumlichkeiten. Die kleine, modern hergestellte Broschüre dürfte ihren Zweck nicht verfehlt haben.

In Freien Stunden, Roman und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vor-

wärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Heft 49 bis 52. — Preis pro Heft 10 Pf.

Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München. Nr. 26 des 21. Jahrganges. — Preis pro Nummer 10 Pf.

Die neue Zeit, Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie. Verlag: F. H. Dieß, Stuttgart. Heft 13, 14 und 15. — Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: F. H. Dieß, Stuttgart. Nr. 1 u. 2. — Preis pro Nummer 20 Pf., pro Quartal 55 Pf.

## Gestorben.

In Berlin am 13. Dezember der Korrektor Erdmann Meyer, 42 Jahre alt — Herzschlag; am 20. Dezember der Seher Louis Auerbach, 55 Jahre alt — Bronchitis und Herzschlag; am 25. Dezember der Druckerinvalid Albert Zimmermann, 71 Jahre alt — Herzschlag; am 27. Dezember der Seher Felix Eshewohl, 27 Jahre alt — Blinddarmentzündung; am 10. Januar der Buchdruckerbesitzer Geh. Kommissionsrat Ad. Hausmann, 63 Jahre alt.

In Etenkoben am 10. Januar der Seher Friedr. Hamburger, 25 Jahre alt — Schwindelstich.

In Kiel am 7. Januar der Seher Ludwig Schnoor von da, 35 Jahre alt — Lungenschwindelstich.

In Leipzig am 7. Januar der Gießer Gust. Graneß aus Stötteritz, 48 Jahre alt — Lungentatarv; am 9. Januar der Gießer Ernst Maschke aus Stadt Sulza, 37 Jahre alt — Nervenstich.

## Briefkasten.

M. in Gräfenhainichen: Gibt es nicht. Ueber diese Schwierigkeiten dürfte wohl jeder Pianist hinweghelfen können. — tt. in Breslau 3,25 Mk.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW. 29, Chamissoplatz 5, III.

## Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Friedbad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbas, Lausanne, Chalet du Midi, Chemin Jurigoz; die italienische Schweiz an F. Valocchi, Lugano, piazza Liceo 60; Elsaß-Lothringen an Alphons Schmolz, Straßburg, Brunnengäßchen 5; Oesterreich an Franz Reismüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25; Ungarn an Julius Peidl, Budapest VIII, Stáshy-utca 7; Preßburg an Samu Löwy, Preßburg, Michaelergasse 16; Holland an S. Gols, Amsterdam, Bloemstraat 60huis; Dänemark an Viktor Peterjen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K. Berlin.

## Der Verbandsvorstand.

Erzgebirge-Bogtland. Die Seher Oskar Hammer aus Dorffschellenberg und Max Richter aus Neukönigsfeld, beide mit Resten abgereist, werden ersucht, sich binnen 14 Tagen bei D. Röhnel in Chemnitz, Zahnstraße 7, zu melden, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

Bezirk Bentzen. Der Bezirksvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Karl Dietzschmann, Bielefelderstr. 38, I. (Ecke Kajernenstraße), erster Vorsitzender; Bialas, zweiter Vorsitzender; Paul, Kaffeebar; Hornik, Schriftführer; Materlinski, Bibliothekar.

Bezirk Karlsruhe. Die Ordentliche Generalversammlung des Bezirks findet Sonntag den 8. Februar in Bruchsal statt. Anträge sind bis 29. Januar an den Vorsitzenden F. Kirsten einzureichen. — Die Tagesordnung und das Besammlungslokal wird den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gegeben.

Bezirk Krefeld. Die erste diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 15. Februar in M. Gladbach im Lokale des Herrn Anton Schauerer, Ecke der Ripperbender- und Viktoriastraße, statt. Anträge sind bis 2. Februar an den Vorsitzenden Gustav Wurmann in Krefeld, Blumenstraße 94, einzureichen. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern durch Zirkular zu.

Bezirk Münster. Die erste diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 1. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Lengerich im „Wesfälischen Hofe“ statt. Anträge zu derselben sind bis spätestens 25. Januar an den Vorsitzenden C. Kästner, Münster i. W., Engelstraße 32a, einzureichen. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern durch Zirkular zu.

